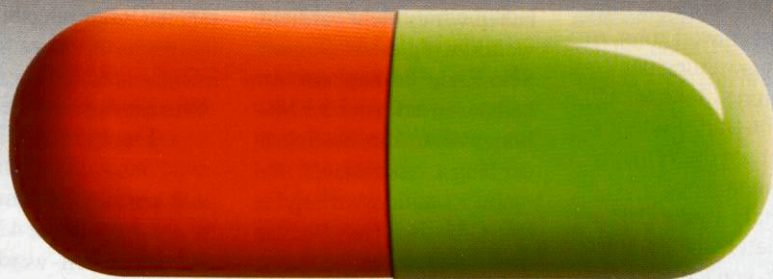


Gegenanzeigen: Kann in Belastungssituationen zu Orientierungslosigkeit, vermindertem Urteilsvermögen und Händezittern führen.



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Genug geschluckt – **Es reicht, Herr Schröder!**

Die außenpolitische Situation hat in den letzten Wochen die innenpolitischen Probleme Deutschlands überlagert.

Jetzt ist klar: Wir befinden uns mitten in einer Rezession, und wir trudeln ohne jegliche Gegensteuerung

immer weiter nach unten. Die Bundesregierung kann vor dieser Situation nicht mehr die Augen schließen. Entweder sie leidet an Realitätsverlust oder sie belügt die Bevölkerung. Das Verhalten des Kanzlers ist unerträglich. *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

EHRUNG:

CDU trauert um
Gerhard Stoltenberg
SEITE 5

DOKUMENTATION

Angela Merkel: Wir werden am 22. September 2002 die Wahl gewinnen und die Regierung bilden.
Bundtagsrede am
28. November

INNENTEIL

■ Laurenz Meyer zu den Parteitagen in Nürnberg und Rostock: SPD ausgelagt – Grüne geschrödert (Seite 4) ■ Dietrich Austermann: Aus einem geerbten Goldklumpen einen Haufen Schulden gemacht (Seite 6) ■ Angela Merkel: Quittung für Rot-Grün am 22. September 2002. Regionalkonferenz in Karlsruhe (Seite 7) ■ Vorschläge für einen europäischen Verfassungsvertrag (Seite 8) ■ Wolfgang Bosbach und Erwin Marschewski: Regierungsentwurf führt zu einer Ausweitung der Zuwanderung (Seite 9–12) ■ Hans-Gert Pöttering: Es geht um die Verhinderung eines globalen Kulturkampfes (Seite 14) ■ Kurt-Dieter Grill: Energiebericht endlich vorlegen (Seite 16) ■ Christa Thoben: Grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung längst überfällig (Seite 17) ■ Traumergebnis für Peter Müller (Seite 18) ■ Ole von Beust: Das wollen wir tun. Aus der Regierungserklärung (Seite 19)

Fortsetzung von Seite 1

Bundeskanzler Schröder instrumentalisiert die internationale Terrorbekämpfung, um von dem eigenen Versagen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik abzulenken.

Mit markigen Sprüchen und vielen Versprechen ist Schröder im Wahlkampf durch Deutschland getourt. In Nürnberg hat er im Sommer 1998 erklärt: „Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren.“ Stimmt. Sein Ziel, die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3,5 Millionen zu senken, hat Schröder längst versenkt.

Im Koalitionsvertrag hat Rot-Grün sich verpflichtet, die Sozialversicherungsbeiträge zu senken. „Wir werden die Sozialversicherungsbeiträge von heute 42,3 Prozent des Bruttolohns durch die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform auf unter 40 Prozent senken.“ (Koalitionsvertrag, 1998). Genau das Gegenteil ist der Fall. Die

Krankenkassenbeiträge werden 2002 auf durchschnittlich über 14 Prozent steigen. Die Rentenbeiträge werden nicht wie vorgesehen gesenkt. Das musste Riester auf dem Parteitag kleinlaut eingestehen.

Der einzige Bereich, in dem die rot-grüne Regierung auf Wachstumskurs ist, ist der Index der gebrochenen Versprechen. Schröders Rhetorik auf dem Parteitag war reines Schattenboxen und nichts mehr als die Rechtfertigung seiner missratenen Regierungsbilanz.

Wie ist die Situation in Deutschland?

■ Wir stecken mitten in der Rezession. ■ Über 4 Millionen Menschen werden im Winter arbeitslos sein. ■ 15 Prozent der Arbeitnehmer haben Angst um ihren Arbeitsplatz ■ Hunderttausende haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren; sie wissen es nur noch nicht (mindestens 33.000 Unternehmen werden bis Ende 2001 in Konkurs gehen;

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@edu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax: (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

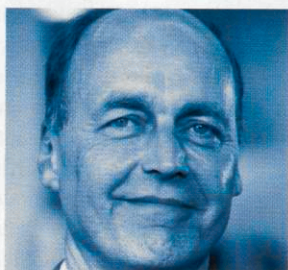
Auf Wachstumskurs: der Index gebrochener Versprechen

Steigerung um 17 Prozent gegenüber 2000.) ■ Die Strukturen am Arbeitsmarkt sind verkrustet. ■ Die Sozialversicherungsbeiträge steigen. ■ Das Gesundheitssystem ist marode. ■ Die Rentenreform bringt nicht, was Rot-Grün versprochen hat. ■ Die Unternehmen melden immer wieder neue Entlassungswellen. ■ Das Handwerk geht für 2001 von einem Abbau von 200.000 Stellen aus, in 2002 noch mal 60.000. ■ Opel Deutschland geht von einem Abbau von etwa 6.000 Stellen aus. ■ Siemens hat für seine Netzwerksparte ICN einen Stellenabbau von 10.000 angekündigt – weitere nicht ausgeschlossen.

Die Antworten der Bundesregierung auf die aktuellen Probleme zeigen, dass sie keine Ahnung von Wirtschaftspolitik hat. Den Bürgern und der Wirtschaft wird noch mehr Geld aus den Taschen gezogen:

Schwefelsteuer, Ökosteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer – vier Steuererhöhungen in kürzester Zeit!

Der SPD-Parteitag in Nürnberg hat gezeigt, dass die SPD auf Rot-Grün fest-



gelegt ist. Der grüne Parteitag in Rostock brachte nichts anderes. Die Grünen haben ihre Ideale und Grundüberzeugungen dem Koalitionserhalt geopfert. Diese Koalition wird nur noch aus dem gemeinsamen Willen zur Macht erhalten.

Im Hinblick auf das anstehende Wahljahr war diese Klärung durchaus hilfreich. Die Wähler wissen jetzt, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl zwischen Rot-Grün und einer bürgerlichen Koalition wählen können.



Die Union hat ihr umfassendes Konzept für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland vorgelegt:

Die Steuerreform muss vorgezogen und die Ökosteuer sofort ausgesetzt wer-

den. Viel wichtiger ist aber, dass wir den Mittelstand von den sinnlosen bürokratischen Hemmnissen befreien. Das könnte der Bundeskanzler sofort umsetzen, ohne auch nur eine Mark an Kosten zu verursachen.

Dazu gehört unter anderem die Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes und des Rechtsanspruches auf Teilzeit. Wir müssen die Einschränkungen bei den befristeten Verträgen zurücknehmen. Wir brauchen Neuregelungen bei den 630-Mark-Jobs. Wir brauchen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Warum sollen z.B. die Arbeitnehmer bei Neueinstellungen nicht selbst entscheiden zwischen Kündigungsschutz und Abfindung?

Am 1. Dezember starten wir bundesweite Aktionswochen unter dem Motto „Genug Geschluckt“, die die katastrophale rot-grüne Wirtschaftspolitik thematisieren. Ich werde an diesem Tag in Dresden den Startschuss geben.

Den Kreisverbänden stellen wir Plakate und Postkarten mit unserm Aktionsmotiv „Genug geschluckt“ zur Verfügung.

ENTTÄUSCHTE DELEGIERTE

SPD ausgelaugt

Zum SPD-Parteitag in Nürnberg erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Schröder geht es nur darum, die Zeit bis zu den Bundestagswahlen auszusitzen. Das ist das Signal, das der Parteitag gesendet hat. Die Arbeitslosen hat er längst abgehakt. Nicht eine innovative Idee, wie die SPD mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland erreichen will, hat der Parteitag geliefert. Nicht ein neues Konzept, wie Schröder die Arbeitslosigkeit abbauen will, ist beschlossen worden. Die SPD und ihr Vorsitzender gelangen an das Ende ihrer Kräfte.

Es wirkte fast schon hilflos, wie der SPD-Parteivorsitzende Schröder die sozialdemokratischen Grundwerte bemühte, um die Delegierten von seiner Politik zu überzeugen. Mit seinen technokratisch vortragenen Bekenntnissen zur Sozialdemokratie hat Schröder die Delegierten nicht erreicht. Das zeigt auch, wie weit sich der Bundeskanzler und Vorsitzende der SPD von der eigenen Partei entfernt hat.

Die Delegierten fahren enttäuscht und mit Bauchschmerzen nach Hause.

HALBHERZIGE BESCHLÜSSE

Grüne geschrödert

Zum Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Rostock erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Mit ihrem Parteitag haben sich die Grünen im deutschen Parteienspektrum endgültig überflüssig gemacht. Ihnen ist die Vision abhanden gekommen, statt Zukunftsideen heißt das Motto nur noch „Fahren auf kürzeste Sicht“.

So haben sie zwar den Koalitionsbeschluss nachträglich gebilligt, ohne sich jedoch für die Zukunft festzulegen. Bei den Pazifisten haben die Grünen damit ihre Glaubwürdigkeit verspielt, ohne bei den Realisten angekommen zu sein. Durch den halbherzigen Beschluss ist schon jetzt vorprogrammiert: Bei der nächsten schweren Entscheidung steht der Außenminister wieder im Regen.

Die grüne Partei ist bis zur Unkenntlichkeit verschrödert. Diskussionen sind zu Ritualen ohne Inhalt geworden. Schröder und Fischer führen die Grünen wie die Lemminge über die Klippen. Der freie Fall ist vorprogrammiert: Rot-Grün ist gescheitert und wird bei der Bundestagswahl 2002 die Quittung der Wähler dafür bekommen.

Das christliche Menschenbild als Maßstab

Angela Merkel und der Vorsitzende der Wertekommission, Christoph Böhr, haben am 26. November in Berlin den Bericht „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ vorgestellt. Besondere Brisanz

erhält das Papier durch die Nachrichten über den ersten geklonten menschlichen Embryo. Gerade der wissenschaftliche Fortschritt mache deutlich, dass sich Politik an Werten orientieren muss. Das christliche Men-

schensbild biete dazu einen verlässlichen Maßstab, betonte die Parteivorsitzende.

[http://](http://www.cdu.de)

Den Wortlaut des Berichts finden Sie unter: www.cdu.de

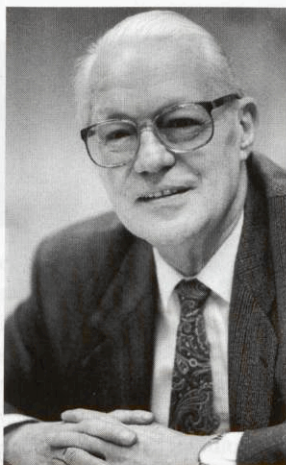
CDU trauert um Gerhard Stoltenberg

Zum Tod von Gerhard Stoltenberg erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel:

Mit tiefer Trauer und Bestürzung habe ich heute vom Tod Gerhard Stoltenbergs erfahren.

Gerhard Stoltenberg war ein herausragender Politiker der jungen Nachkriegsgeneration und hat schon sehr früh Verantwortung in den verschiedensten Positionen für die Bundesrepublik Deutschland und die CDU übernommen.

Seine langjährige und hocherfolgreiche Tätigkeit als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat ihm nicht nur die Zuneigung und den Respekt der Schleswig-Holsteiner gebracht. Seine geradlinige und menschliche Art, seine Klarheit im Denken und sein analytischer Scharfsinn haben ihm die Anerkennung und die Bewunderung in ganz Deutschland gesichert. Im ersten Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl übernahm Gerhard Stoltenberg zunächst mit dem Amt des Finanzministers und danach als Verteidigungsminister eine wichtige und



einflussreiche Aufgabe. Insbesondere mit seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister verbindet sich eine der effektivsten und erfolgreichsten Steuerreformen der Bundesrepublik Deutschland.

Auch innerhalb der CDU hatte seine Stimme als langjähriger stellvertretender Bundesvorsitzender ein hohes Gewicht. Gerhard Stoltenberg war lange Jahre der reformerische Motor der CDU in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik und die treibende Kraft für die wirtschaftspolitische Neuorientierung in den 80er Jahren. Auch nach seiner aktiven Zeit engagierte sich

Gerhard Stoltenberg im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die CDU Deutschlands verliert mit Gerhard Stoltenberg einen großen Mann. Unser tiefes Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seiner Frau und seiner Familie.

Stoltenberg hat die Politik der Union über Jahrzehnte geprägt

Zum Tod von Gerhard Stoltenberg erklärte Friedrich Merz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trauert um ihr langjähriges Mitglied Gerhard Stoltenberg. Wir verlieren mit Gerhard Stoltenberg eine der herausragendsten Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Gerhard Stoltenberg hat die Politik der Union über Jahrzehnte geprägt.

Gerhard Stoltenberg war das ordnungspolitische Gewissen der Union.

DIETRICH AUSTERMANN:

Aus Gold einen Haufen **Schulden** gemacht

Aus der Rede des haushaltspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der in der Haushaltsdebatte am 27. November:

10 Monate vor der nächsten Bundestagswahl ist es angemessen, neben der Detailbetrachtung eine Bilanz rot-grüner Haushalts- und Finanzpolitik vorzunehmen. Und die sieht so aus:

Das Wachstum ist eingebrochen, der Geldwert des EURO um 25 % gesunken, aus sinkender Arbeitslosigkeit wurde – trotz Aufblähung der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt – eine steigende. Die Sozialabgaben klettern. Die Zahl der Pleiten hat zugenommen. Die Energiepreise wurden nach oben gezwiebelt. Investitionen wurden gedrosselt, Hilfen für Mittelstand, neue Länder und Landwirtschaft gekürzt. Die Ausgaben für Forschung und Technologie liegen in der Summe unter 1998, die Rentenerhöhungen liegen unter der Inflation, bei der Krankenkasse muss über Bundeszuschüsse geredet werden, die Steuerquote steigt wie die Ausgaben des Bundes und die Schulden. Die Menschen müssen heute länger im Jahr



für den Staat arbeiten, was ihnen verbleibt ist weniger als 1998. Die Gemeindehaushalte entwickeln sich katastrophal, und das ist schädlich für die Investitionen.

Kritisiert und abgenickt

Und schuld ist eine ignorante Politik, die Arbeitnehmer und Betriebe spüren, ihnen die Eigenverantwortung nimmt und die sie wegen ihrer Wirkung mit Sorge erfüllen muss. Das Gespenst des Arbeitsplatzverlustes ist größer geworden. Das alles ist unter der Überschrift „Sparpolitik“ vom SPD-Parteitag ein bisschen kritisiert und dann abgenickt worden.

Der Bundesfinanzminister ist mit den Vokabeln Konsolidierung, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit angetreten. Die rot-grüne Bundesregierung tön-

te, sie wolle Deutschland modernisieren und die Lebensgrundlagen der jungen Generation bewahren.

Auf meine Frage, woran Sie eigentlich den Erfolg der angeblichen Konsolidierung messen, haben Sie, Herr Eichel, einen Vergleich gezogen zwischen der Summe aus Neuverschuldung und Privatisierungserlösen 1998 und 2002. Ich will diese Berechnung nachvollziehen: Von 1995 bis 1998 wurde „Tafelsilber“, also Bundesvermögen im Werte von 27,8 Mrd. DM veräußert, von 1999 bis 2002 werden es nach Ihren Plänen 66,6 Mrd. DM sein, und mit den UMTS-Milliarden gar 165 Mrd. DM.

Das heißt doch, dass Sie durch die Privatisierung mit der Brechstange immer mehr Vermögen der Bürger für Konsum verfrühstücken. Sie schwimmen im Geld durch gewaltige ererbte Privatisierungserlöse, senken aber die Neuverschuldung nur minimal ab. Die Gesamtschuldennlast steigt. Ein kümmerliches Ergebnis! Hans im Glück hat aus einem von Theo Waigel ererbten Goldklumpen der Privatisierungschancen der eigenen Haufen Schulden gemacht.

ANGELA MERKEL:

Quittung für Rot-Grün am 22. Sept. 2002

Auch die abschließende Regionalkonferenz in Kongresszentrum in Karlsruhe war ein voller Erfolg. Unter dem großen Beifall der 700 Teilnehmer nahm die Parteivorsitzende Angela Merkel eine schonungslose Abrechnung der Politik der rot-grünen Bundesregierung vor.

Merkel: „Das Fazit von drei Jahren Rot-Grün lautet: Versprochen, gebrochen.“ Man wollte die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Mio bringen, die Sozialversicherungsbeiträge unter 40% senken, die Ökosteuer nach 6 Pfennigen beenden oder die Bürokratie abbauen. Nichts von dem sei gelun-

FAZIT VON DREI JAHREN ROT-GRÜN: VERSprochen - GEBROCHEN

gen. Beim Thema Rente seien die deutschen Rentner von dieser Bundesregierung „systematisch betrogen“ worden. Von den großmündigen Versprechungen vor der Wahl 1998 sei fast nichts übrig geblieben. Und die rot-grüne Steuerreform benachteilige im Gegensatz zu den großen Kapitalgesellschaften die mittelständischen Unternehmen und die Selbstständigen. Damit bestrafe diese Politik den einzelnen, der bereit sei, Leistung zu erbringen.

Dafür werde es am 22. September 2002 die „Quittung“ geben - dann sind Bundestagswahlen. Für den Wähler gehe es um eine grundlegende Entscheidung: „Bei wem und welcher Partei kommt für mich und für mein Leben mehr dabei heraus“, so Merkel. Die CDU könne

hierbei gute Programme und Antworten vorweisen: „Wir haben seit 1998 dazugelernt, wir stehen wieder mitten im Leben.“ Vom Parteitag in Dresden werde ein entscheidendes Signal ausgehen.

Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnete die Konferenz und spornte die Teilnehmer an: „Wir wollen die nächste Bundestagswahl gewinnen, nicht erst die übernächste.“ Dafür habe die Union in allen wichtigen Bereichen die Kompetenz - in der Wirtschaftspolitik, der sozialen Gerechtigkeit sowie bei der inneren und äußeren Sicherheit.

Wie bereits bei den vorherigen Regionalkonferenzen folgte im Anschluss an die Reden eine interessante Aussprache. Mit der Karlsruher Regionalkonferenz wurde die Serie von zehn Regionalkonferenzen beendet, bei denen der Antrag an den 14. Parteitag in Dresden mit dem Titel: „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ beraten und diskutiert wurde. Über 6.000 Parteimitglieder und Gäste waren insgesamt auf den Konferenzen dabei - eine tolle Resonanz! **UD**



Vorschläge für einen Europäischen Verfassungsvertrag

Im Vorfeld des Dezember-Gipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs im belgischen Laeken haben CDU und CSU am 26. November in Berlin Vorschläge für einen Europäischen Verfassungsvertrag präsentiert.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel betonte, bei dem Papier handele es sich um einen „Meilenstein“ auf dem Weg hin zu einer „handlungsfähigen, demokratischen und transparenten Europäischen Union“.

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Präsidiumsmitglieds Wolfgang Schäuble und des bayerischen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet, hatte die Vorschläge für konkrete Kompetenzabgrenzungen in den einzelnen Politikbereichen erarbeitet.

Die Parteivorsitzende machte deutlich, dass der ursprüngliche Integrationsansatz von Jean Monnet so nicht mehr weitergeführt werden könne. Denn bereits im nächsten Jahr würden sich die Beitrittsverhandlungen für zehn weitere Mitgliedstaaten

ihrem Ende nähern. Zudem seien große Teile der europäischen Politik überre-

glementiert: „80.000 Seiten EU-Richtlinien und EU-Verordnungen sind ein Sinnbild dafür, dass wir an eine kritische Grenze gekommen sind.“ Deshalb habe die Union bereits im Europawahlkampf 1999 die Ausarbeitung eines europäischen Verfassungsvertrages gefordert. Den Begriff „Verfassungsvertrag“ habe die Union mit Bedacht gewählt: „Denn einerseits soll er die Fragen regeln, die gewöhnlich in einer Verfassung festgelegt werden, andererseits macht das Wort Vertrag klar, dass die Nationalstaaten auch in Zukunft Herren der EU-Verträge bleiben sollen“.



W. Schäuble



A. Merkel



E. Stoiber



R. Bocklet

Europa angesichts der bevorstehenden Osterweiterung neu ausrichten müsse. Dies könne nur über eine Neuordnung der Kompetenzen geschehen. „Die Menschen in Europa müssen wissen, wer für was zuständig ist“, sagte Stoiber. Ansonsten werde die Akzeptanz Europas bei seinen Bürgern weiter dramatisch sinken.

Zugleich sprach sich Stoiber für zusätzliche Kompetenzen der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Die EU müsse in diesen sensiblen Bereichen mit einer Stimme sprechen.

Es sei ein „Grundfehler“, dass es inzwischen vor den eigentlichen Gipfeltreffen Sondergipfel der drei großen Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland gebe. Diese Vorgipfel würden dem Gedanken der europäischen Integration „massiv“ wider-

Die Menschen müssen wissen, wer für was zuständig ist

Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber unterstrich, dass sich

WOLFGANG BOSBACH UND ERWIN MARSCHEWSKI:

Regierungsentwurf führt zu einer Ausweitung der **Zuwanderung**

Das Bundeskabinett hat am 7. November den Zuwanderungsgesetzesentwurf von Bundesinnenminister Otto Schily gebilligt. Durch den Konsens mit den Grünen hat sich der Entwurf dabei noch weiter von den Vorstellungen und Beschlüssen der Union entfernt, als dies bereits bei dem Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium vom 3. August der Fall war.

Natürlich wird es erst nach einer sorgfältigen Prüfung möglich sein, eine abschließende Bewertung des umfangreichen Gesetzesentwurfs vorzunehmen. Aber schon jetzt ist klar, dass ein Gesetz, das den unverzichtbaren Anforderungen des Unionskonzepts, wie wir sie in unserem Antrag vom 3. Juli (14/6641) konkretisiert haben, nicht Rechnung trägt und zu einer Ausweitung statt zu einer Begrenzung der Zuwanderung führen wird, für CDU und CSU nicht zustimmungsfähig sein kann. Beispielhaft seien folgende Gründe genannt:

■ **Kein Gesamtkonzept, keine strukturellen Reformen**

Die Forderung nach einem einheitlichen Gesetzespaket, das auch strukturelle Änderungen arbeitsmarkt-, wirtschafts-, familien- und sozialpolitischer Art und die entsprechenden Gesetzesänderungen enthält, ist nicht erfüllt worden.

Punktuelle Regelungen des Ausländerrechts können die Grundprobleme auf den Feldern des Arbeitsmarktes, der Wirtschafts-, Familien- und Sozialpolitik nicht lösen. Zuwanderung darf kein Alibi für den Verzicht auf eigene nationale Anstrengungen zur Lösung der Grundprobleme sein.

■ **Kein Konzept für europäische Zuwanderungspolitik zur Reduzierung des Zuwanderungsdrucks aus Nicht-EU-Staaten**

Es ist kein Konzept für eine europäische Zuwanderungspolitik erkennbar, das

sprechen, wonach nicht zwischen kleinen und großen oder bedeutenden und weniger bedeutenden Staaten unterschieden werde.

Wolfgang Schäuble machte deutlich, dass die europäische Einigung nur gelingen werde, wenn die Balance zwischen europäischer und nationalstaatlicher Ebene gewahrt bleibe. Zu diesem Zweck müsse es eine Neuverteilung der Kompetenzen in einem eigenen Vertragswerk geben.

Denn auf diesem Weg könne gewährleistet werden, dass die Europäische Union nur die Aufgaben übernimmt, die von ihr effizienter erledigt werden können. Danach soll Europa unter anderem für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig sein, während beispielsweise Sozialpolitik, Zuwanderung oder Bildung in der Kompetenz der Nationalstaaten bleiben sollen.

<http://www.cdu.de>
 Wortlaut der Vorschläge von CDU und CSU für einen Europäischen Verfassungsvertrag, vorgelegt von der Arbeitsgruppe „Europäischer Verfassungsvertrag“ unter Leitung von Wolfgang Schäuble und Reinhold Bocklet: www.cdu.de

geeignet ist, den Zuwanderungsdruck aus den Staaten der Dritten Welt nach Europa zu vermindern. Vielmehr ist eine Ausweitung dieses Drucks zu befürchten, ohne dass dies im Gesetzentwurf der Bundesregierung Berücksichtigung findet.

■ Keine „Zuwanderungsbegrenzung“

Der Begriff der Zuwanderungsbegrenzung findet sich zwar im Titel des Gesetzes, aber eben nur dort. Bei den vorgeschlagenen neuen gesetzlichen Regelungen liegt der Schwerpunkt dagegen bei der Ausweitung von Bleiberechten und der Schaffung neuer Zuwanderungsmöglichkeiten. Die Intention des Gesetzgebers – Abkehr von staatlichen Begrenzungsinteressen – wird bei der Rechtsanwendung (Ermessensvorschriften) entscheidende Bedeutung haben. Die vor allem in unsere Sozialsysteme erfolgende Zuwanderung wird nicht begrenzt, sondern ausgeweitet.

Der seit 1973 geltende Grundsatz der Zuwanderungsbegrenzung („Anwerbestopp“) soll nach Auffassung der Bundesregierung nicht länger ein Gesichtspunkt des öffentlichen Inter-

esses sein. Dabei sind die Zahlen schon heute dramatisch andere als noch 1973: Damals betrug die Arbeitslosenquote 1,2 Prozent, heute liegt sie bei 9 Prozent. Gab es damals 4 Millionen Ausländer in Deutschland, von denen 2.516.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, so sind es heute nur noch 2.033.000 bei 7,3 Millionen Ausländern. Die Zahl der Ausländer ist also um 85 Prozent gestiegen, der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen um 19 Prozent gesunken. Dennoch will die Bundesregierung mehr Zuwanderung organisieren und den Arbeitsmarkt grundsätzlich für arbeitssuchende Ausländer – und nicht nur für die wenigen Spezialisten, die wir selbst nicht haben – öffnen. Dies ist bei vier Millionen Arbeitslosen in unserem Land unverantwortlich. Die Vermittlung von Arbeitslosen und deren Qualifizierung muss Vorrang vor noch mehr Zuwanderung haben.

■ Weitere Zuzugsanreize durch Neugestaltung der Aufenthaltsrechte

Die aufenthaltsrechtliche Situation insbesondere von Personen, die aus huma-

nitären Gründen nach Deutschland gekommen und nicht im Besitz eines dauerhaften Aufenthaltstitels sind, wird im Verhältnis zum jetzigen Recht erheblich erweitert. Die dadurch entstehende zusätzliche Anreizwirkung ist das Gegenteil der Unionsforderung.

■ Ausweitung der Fluchtgründe auf „nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung“

Zu Quasi-Asylberechtigten werden: Ausländer, die vor Kriegs- und Bürgerkriegssituationen, vor Armut und wirtschaftlicher Verelendung, vor Natur- oder Hungerkatastrophen oder vor Problemen fliehen, die sich aus der unterschiedlichen Stellung von Mann und Frau in vielen Ländern dieser Welt ergeben. Aber z.B. auch kriminelle Ausländer, denen im Herkunftsstaat Racheakte von Verbrecherbanden drohen, können sich zukünftig auf die neuen Anerkennungsgünde berufen. Diese Aufwertung zu Fällen des „kleinen Asyls“ führt zur Möglichkeit des vollen Familiennachzugs auch bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften sowie zu Aufenthaltserlaubnissen mit Zugang zum Arbeits-

markt ohne jede Bedarfsprüfung oder Quotierung.

Damit überschreitet Deutschland im Alleingang auch die bislang auf EU-Ebene geltenden Vereinbarungen. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich bereits 1996 auf einen gemeinsamen Standpunkt zum Flüchtlingsbegriff geeinigt, wonach nur staatliche oder dem Staat zurechenbare Verfolgung zur Flüchtlingsanerkennung führt. Das gilt aber gerade nicht für die nichtstaatliche und die geschlechtsspezifische Verfolgung.

Die genannten Personen werden bereits jetzt schon vor Abschiebung geschützt, sofern ihnen existenzielle Gefahren drohen. Deshalb hat das deutsche Recht auch keine Schutzlücken.

Dies war bislang immer Ansicht des Innenministers Schily (vgl. **BT-Drs. 14/1058**). Für den Rechtsausschuss des Bundestages hat dieser noch im Jahre 2000 in einem umfangreichen Gutachten (**Ausschussdrucksache Nr. 14/0049**) ausgeführt: „Der Wegfall des Erfordernisses der Staatlichkeit (...) durch Gesetzesänderungen ließe erheblichen Zuwanderungsdruck erwarten.“ Trotz gleichgebliebener Sach- und Rechtslage hat Schily diese – recht-

lich zutreffende und sachlich vernünftige – Position in nicht nachvollziehbarer Weise geräumt. Dies wird seine politische Glaubwürdigkeit weiter schwächen.

■ Keine praxistauglichen und effektiven Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren

Die Zahl der Asylbewerber steigt seit Beginn des Jahres wieder stark an.

Von der Abschaffung des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten wird keine Beschleunigung ausgehen, wie bereits die geringen Rechtsmittelzahlen belegen. So hat der Bundesbeauftragte im Jahr 2000 gegen 105.502 Entscheidungen des Bundesamtes nur 3.500 Klagen und Rechtsmittel eingelegt.

Nicht akzeptabel ist auch der Vorschlag, die Weisungsungebundenheit der Einzelentscheider abzuschaffen. Gerade im Asylrecht, wo die Entscheider jedes einzelne, individuelle Lebensschicksal unter asylrechtsrelevanten Kriterien überprüfen müssen, verbieten sich Verwaltungsanweisungen oder die Bildung von Fallgruppen. Wenn man Fallgruppen bildet, besteht die Gefahr, dass die Antrag-

steller genau so vortragen, dass sie in eine bestimmte Fallgruppe passen. Im übrigen ist eine stärkere politische Einflussnahme auf Asylentscheidungen vorprogrammiert. Ausschlaggebend darf aber nur das persönliche Lebensschicksal des Antragstellers sein.

Auch von einem zunächst nur auf drei Jahre befristeten Aufenthaltsrecht der Flüchtlinge und einer Regelüberprüfung nach drei Jahren werden weder beschleunigende noch anreizmindernde Effekte ausgehen, weil diese Maßnahme nicht zielfähig ist.

Denn weder die Asylberechtigten noch die Konventionsflüchtlinge nach § 51 AuslG stellen – von Ausnahmen abgesehen – die Gruppe dar, die Deutschland besondere Probleme bereitet. Dies sind vielmehr die Personen, die aus asylfremden Gründen kommen und trotz Ausreisepflicht nicht in ihre Heimatländer zurückkehren.

■ Keine sachgerechte Lösung der Arbeitsmigration

Die Zuwanderung von Erwerbsspersonen darf nur in Betracht kommen, wenn ein konkreter Arbeitsplatz nachgewiesen wird und hierfür keine einheimischen Arbeit-

nehmer zur Verfügung stehen (echtes Arbeitsmarktdürfnis). Angesichts von vier Millionen Arbeitslosen – Tendenz steigend – muss die Qualifizierung und Ausbildung der eigenen Bevölkerung Vorrang vor Zuwanderung haben.

■ Aufrechterhaltung des Ziels konsequenter Aufenthaltsbeendigung

Der Aspekt konsequenter Aufenthaltsbeendigung und entsprechende durchgreifende Konzepte und Gesetzesänderungen stehen wegen der weitgehenden Legalisierung unrechtmäßiger Aufenthalte zurück. Dies bedeutet, dass der Aufenthalt von 260.000 Personen legalisiert wird. Hiervon werden auch Anreize für die 500.000 bis 1 Million illegal in Deutschland lebenden Menschen ausgehen.

■ Die Regelungen des Familiennachzugs werden ausgeweitet.

Folgende Kernpunkte sind nicht akzeptabel: ► ein u. a. durch die Einbeziehung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften erweiterter Familienbegriff, ► die Ausweitung des Kreises der

Götz mit großer Mehrheit wiedergewählt

Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde in Potsdam von der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) mit 95,3% zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Dieser hohe Vertrauensbeweis, so der KPV-Ehrenvorsitzende, Staatssekretär a.D. Horst Waffenschmidt, vor den Delegierten, sei die Bestätigung für das große Engagement und den erfolgreichen Einsatz von Peter Götz für die kommunalen Belange.

Nachzugsberechtigten auf Konventionsflüchtlingen nach § 51 AuslG und Personen, die nach bisherigem Recht eine Duldung haben (Zuzugsanreize). ► Das Kindernachzugsalter wird nicht angemessen abgesenkt.

Ein Familiennachzug für Kinder bis zu 18 Jahren – bei ausreichenden Sprachkenntnissen – und für die übrigen Kinder bis zu 14 Jahren ist aus Integrationsgesichtspunkten abzulehnen. Hier gilt der Grundsatz, dass die Kinder, die zu ihren Eltern nachziehen – genauer gesagt: zurückziehen –, so jung wie möglich sein sollten, um sich bestmöglich in der neuen Heimat einleben zu können. Wir halten ein Nachzugsalter von 6, maximal 10 Jahren für erforderlich, damit zumindest der überwiegende Teil der schulischen Ausbildung in Deutschland erfolgt.

■ Die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen muss entgegen dem Schily-Entwurf grundsätzlich für alle zuwandernden Ausländer Verpflichtung werden.

Einfache bzw. ausreichende Sprachkenntnisse reichen für eine erfolgreiche Integration nicht aus. Vielmehr besteht bei auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern ein besonders hohes staatliches und gesellschaftliches Interesse daran, dass sie die deutsche Sprache beherrschen.

Aus diesen Gründen können wir dem Gesetzentwurf zur Zuwanderung, wie ihn das Bundeskabinett beschlossen hat, nicht zustimmen. Wir bitten Sie herzlich darum, in Ihren Wahlkreisen für diese Position zu werben.

IM HANDWERK fallen in diesem und im nächsten Jahr 260.000 Stellen weg. Hans-Eberhard Schleyer, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) bei der Vorlage des Herbst-Konjunkturberichts seiner Organisation: Die Wirtschaftsleistung des Handwerks sinkt – um ein Prozent in diesem Jahr. Um eine Rezession zu verhindern, sind dringend kurzfristige Maßnahmen erforderlich: ■ den Arbeitsmarkt flexibilisieren ■ die nächsten Stufen der Steuerreform vorziehen ■ Reformsignale in der Sozialpolitik geben.

ZEHN MILLIARDEN

Mark an zusätzlichen Beiträgen werden die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen voraussichtlich im nächsten Jahr aufbringen müssen. Noch Anfang Dezember werden die Führungsgremien der Kassen über Beitragserhöhungen entscheiden. Gerechnet wird damit, dass DAK und Barmer Ersatzkasse ihren Beitragssatz ab 1. Januar auf 14,4 Prozent erhöhen. Der Höchstsatz werde um fast 400 Mark im Jahr steigen.

EINE SCHLECHTERE

Entwicklung der Rentenbeiträge als von der Bundes-

regierung angenommen erwartet der „Wirtschaftsweise“ und Vorsitzende des Sozialbeirats beim Bundesarbeitsministerium, Bert Rürup. Wenn das Wirtschaftswachstum nicht 1,25 Prozent beträgt, womit die Bundesregierung noch rechnet, sondern 0,7, dann hat das Ende 2002 zur Folge: Die Mindestreserve beträgt nur noch 0,73 Monatsausgaben. Um die Reserve wieder aufzufüllen, muss 2003 der Beitrag steigen.

AUF REKORDNIVEAU

liegt nach dem monatlichen Versteigerungs-Kalender des Raterger Argetra-Verlags die Zahl der Immobilien-Zwangsversteigerungen. Grundstücke, Häuser und Wohnungen im Wert von 30,9 Milliarden Mark kommen in diesem Jahr unter den Hammer, was einer Zunahme von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

796.700 KINDER

sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts zu Beginn des laufenden Schuljahrs 2001/02 eingeschult worden – erstmals seit der Wiedervereinigung weniger als 800.000. Im Schuljahr 1996/97, dem Jahr mit den höchsten Anfängerzahlen, waren es rund 953.600 Einschulungen. Bis 2015 wird

mit einer Abnahme auf unter 700.00 gerechnet.

LEHRERMANGEL

sieht der Deutsche Philologenverband in wenigen Jahren auf die Schulen zukommen. Trotz des Schülerrückgangs werden bis 2005 bundesweit 30.000 Pädagogen fehlen. Besonders betroffen: Gymnasien. Heute bereits unterversorgt mit Lehrern: die Fächer Physik, Mathematik, Englisch, Latein und Musik.

NOCH NIE

auf die Herkunft von Rindfleisch – selbst auf dem Höhepunkt der BDE-Krise nicht – haben vier Prozent der Deutschen geachtet. Wie dimap ermittelte, interessieren sich ein Jahr nach dem ersten Fall von Rinderseuche nur noch 41 Prozent für die Herkunftsbezeichnung. 25 Prozent kaufen überhaupt kein Rindfleisch.

HÖHER ALS

erwartet ist im dritten Quartal dieses Jahres das Wirtschaftswachstum in Frankreich ausgefallen. Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem zweiten Quartal: um 0,5 Prozent. In Deutschland ist das BIP dagegen von zweiten zum dritten Quartal um 0,1 Prozent gesunken.

Es geht um die **Verhinderung** eines globalen Kulturkampfes

Aus der Rede des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, in der dritten außerordentlichen Sitzung des Parlamentarischen Europa-Mittelmeer-Forums am 8. November in Brüssel:

Die Eindringlichkeit, mit der die grausamen Terroranschläge des 11. September der gesamten Welt das Problem des Terrorismus vor Augen geführt haben, wurde noch dadurch gesteigert, dass in New York und Washington nicht nur US-Amerikaner, sondern Menschen aus wahrscheinlich bis zu 78 Ländern dieser Erde ermordet worden sind. Die meisten von uns in diesem Saal haben am 11. September eigene Landsleute verloren. Dies war ein Anschlag auf die Vereinigten Staaten und ein Anschlag gegen die gesamte Welt.

Terrorismus im Keim ersticken

Wenn wir uns heute im Rahmen des Europa-Mittelmeer-Forums versammeln, dann geht es nicht darum,



Schuldzuweisungen vorzunehmen oder jemanden zur Rechenschaft zu ziehen. Wir müssen vielmehr eine Antwort auf die Frage finden, wie wir den Terrorismus durch eine Politik der Verständigung der Kulturen im Keim ersticken können, wie wir durch eine ganz neue Dimension der internationalen Zusammenarbeit solchen Anschlägen den politischen Nährboden entziehen können. Es geht letzten Endes um die Verhinderung eines globalen Kulturkampfes, also der Verhinderung eines „clash of civilizations“.

Gerade uns, den Mittelmeerländern und ihren Nachbarn, kommt bei dieser Aufgabe eine besondere Bedeutung zu. Diese Region, die wie kaum eine andere in der Geschichte Zentrum der

Kulturen und Religionen und ihrer Auseinandersetzungen war, ist prädestiniert für einen Dialog der Kulturen und Religionen, für eine politische Zusammenarbeit und die Verständigung im Interesse aller Völker der Erde. Und wenn ich heute zu Ihnen als Vorsitzender der größten Fraktion des Europäischen Parlaments – der Fraktion der Europäischen Volkspartei / Christdemokraten und der Europäischen Demokraten – spreche, einer Fraktion, die insbesondere auch das Wort „Christlich“ in ihrem Namen führt, dann tue ich das in dem Bewusstsein, dass sowohl der Koran wie auch das Alte und das Neue Testament davon ausgehen, dass es nur einen einzigen Gott gibt.

Wir müssen Respekt voreinander haben

„Der Mensch ist der Feind dessen, was er nicht kennt“, heißt nicht nur ein griechisches, sondern auch ein arabisches Sprichwort. Angst vor fremden Kulturen und deren selektive Wahr-

nehmung schüren auf beiden Seiten Feindbilder; daran ändert die Tatsache nichts, dass in den vergangenen fünf Jahrhunderten die Grenzen durchlässiger, die subjektiven Entfernungen geringer, die Sprachen assimilierter wurden. Heute leben in Europa über 12 Millionen Muslime, und die meisten leben friedlich in unserer gemeinsamen Gesellschaft. Aber wahr ist auch, nicht immer wird die Wirklichkeit in den arabischen und islamischen Staaten in den Medien des Westens richtig dargestellt. Und umgekehrt gilt dieses auch für das Bild des Westens in den Medien mancher arabischer und islamischer Staaten. Wir brauchen Verständnis füreinander, um Respekt zu gewinnen und Respekt voneinander, um Vertrauen zu finden.

Wir müssen alles dagegen tun, dass in den Köpfen der Menschen ein neues Freund-Feind-Klischee entsteht, von Fanatismus geprägt, wie wir es gerade vor einem Jahrzehnt innerhalb Europas durch einen friedlichen Prozess beseitigen konnten. Wir wissen, dass die Kategorisierung von Christen und Juden als Ungläubige durch bin Laden nicht der Position des Korans entspricht. Ich persön-

lich habe in den vergangenen Wochen immer wieder an die Rede des früheren Präsidenten Ägyptens, Anwar al Sadat, am 10. Februar 1981 vor dem Europäischen Parlament damals in Luxemburg erinnert.

Der Islam ist eine Religion der Toleranz

Anwar al Sadat sagte: *„Der Islam sollte nie nach den fehlgeleiteten und unverantwortlichen Handlungen von Leuten beurteilt werden, die behaupten, Anhänger dieses großartigen Glaubens zu sein. Der Islam ist eine Religion der Toleranz, nicht des Fanatismus, eine Religion der Liebe, nicht des Hasses, ein auf die Ordnung, nicht auf das Chaos gegründetes, in sich geschlossenes System.“*

Die Gesellschaft der modernen Massenmedien fängt erst langsam an zu begreifen, dass die islamische Welt zwischen Westafrika und Indonesien sehr unterschiedliche Strukturen hat. Wir haben aber auch mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass sich die „Organisation der Islamischen Konferenz“, die rund 50 Staaten mit insgesamt 1,2 Milliarden Moslems repräsentiert, den Ter-

rorismus eindeutig verurteilt hat. Und ich danke Ihnen, Herr Generalsekretär Moussa, dass Sie – erst vor wenigen Tagen – den Aufruf bin Ladens zum Heiligen Krieg gegen den Westen eindeutig zurückgewiesen haben.

Wir müssen dem Fundamentalismus mit Dialog begegnen. Ich füge hinzu: dort, wo sich der Fundamentalismus mit dem Terrorismus verbindet, ist er natürlich auch eine geistige, eine politische, eine wirtschaftliche und eine militärische Herausforderung.

Wir müssen zu konkreten Maßnahmen kommen. Es muss gelingen, aus der Mittelmeer-Region einen Raum des Friedens und des Wohlstands zu machen. Dazu ist es notwendig, jungen Menschen in dieser Region eine Perspektive zu geben für dauerhafte Arbeitsplätze in ihrer Heimat. Dabei muss Bildung und Ausbildung in den Ländern im Mittelpunkt stehen. Denn junge Menschen haben nur eine Zukunft, wenn sie gebildet und ausgebildet sind. Deswegen begrüße ich, dass die Europäische Investitionsbank bereit ist, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Unsere Worte müssen konkrete Taten folgen, die den Menschen zugute kommen. **UD**

Energiebericht endlich vorlegen – Wirtschaftsminister ohne Mehrheit

Zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Energiebericht sofort veröffentlichen – Energiekonzept vorlegen“ erklärte der Berichterstatter für Energiepolitik der Fraktion:

Die Bundesregierung ist in der Energiepolitik gescheitert, weil sie nicht in der Lage ist, ein schlüssiges Energieprogramm vorzulegen, das Perspektiven bis 2020 aufzeigt. Sie scheitert offensichtlich an unüberbrückbaren Widersprüchen zwischen Bundeswirtschaftsminister und der Mehrheit der rot-grünen Koalition.

Der anstelle eines Energieprogramms schon für September angekündigte Energiebericht liegt aus eben diesem Grund seit August auf Eis. Die rot-grüne Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Widersprüche zwischen dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Klimapolitik aufzulösen. Dies belegt Presseberichten zufolge auch der vom Bundeswirtschaftsminister verfasste Energiebericht. Der Bundeswirtschaftsminister lässt seinen eigenen Ansprüchen



„Wer aussteigt, muss auch sagen, wo er einsteigt“ keine Taten folgen. Wenn z.B. Schröder und Müller den Bau weiterer Großkraftwerke auf Kohlebasis als Konsequenz aus dem Ausstieg befürworten, bedeutet das, dass Deutschland seine Verpflichtungen in der Klimapolitik verfehlt.

Ein weiterer Beleg für Kontroversen sind die wiederholten Rücktrittsdrohungen des Bundeswirtschaftsministers im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Subvention für KWK-Anlagen. Nur so lässt sich anscheinend noch ein weiteres Ansteigen der Subventionen zu Lasten von Verbrauchern und Arbeitsplätzen verhindern.

Das Fazit nach drei Regierungsjahren von Rot-Grün fällt desaströs aus:

- kein mittel- und langfristiges Konzept bis 2020,
- systematische Verteuerung der Energie durch Ökosteuer und Subventionen zu Lasten des Wirtschaftsstandortes Deutschland,
- Umverteilung der Lasten von der stromintensiven Industrie auf Mittelstand und Tarifkunden.

Die Erfolge des von der CDU/CSU im Interesse des Standortes Deutschland eingeführten Wettbewerbs werden am Ende der Legislaturperiode vernichtet sein. Bei einer ungebremsten Fortsetzung der Regulierungs- und Subventionspolitik von Rot-Grün wird Deutschland in wenigen Jahren ca. 20 Mrd. DM/Jahr an Subventionen nur für seine Stromversorgung bezahlen – und dies zum größten Teil aus der Tasche des Verbrauchers.

Das Postulat einer subventionsfreien, wettbewerbsorientierten Energiewirtschaft existiert nur noch auf dem Papier oder in Reden des Wirtschaftsministers, der weder für seine Politik noch für den von ihm entworfenen Energiebericht eine Mehrheit in der Koalition hat.

CHRISTA THOBEN:

Grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung längst **überfällig**

CDU und die Kommunalpolitische Vereinigung wollen die derzeitige Gewerbesteuer in eine neue Steuerquelle, in eine kommunale Steuer mit Hebesatzrecht überführen. Hierbei sollen zukünftig sowohl die in einer Kommune ansässigen Betriebe als auch Privatpersonen zur Finanzierung herangezogen werden.

Der bisher von den Bürgern anonym gezahlte und damit nicht spürbare Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird durch einen mit einem Hebesatz versehenen Zuschlag ersetzt. Grundlage für die kommunale Steuer sind Gewinn und Einkommen. Diese Umstellung darf Bürger und Wirtschaft nicht zusätzlich finanziell belasten.

Wer bestellt, zahlt

Wir sind überzeugt, dass unser Konzept ein Schritt auf dem Weg zur Bürgergesellschaft ist, weil es das Interesse und die Verantwortung der Bürger für die kommunalen Belange fördert. Für



sie muss die Abhängigkeit zwischen den erwünschten und geforderten kommunalen Leistungen und den dafür notwendigen Einnahmen erfahrbarer gemacht werden. Dabei gilt das Motto: wer bestellt, zahlt.

Eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung ist längst überfällig. Entgegen den Ankündigungen von Rot-Grün hatte die Bundesregierung aber nicht die Kraft, das Thema anzupacken, und damit einmal mehr Chancen ungenutzt verstreichen lassen. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation der Gemeindefinanzen ist das Nichtstun der Regierung verantwortungslos.

Das von uns vorgelegte Modell zur zukünftigen Gemeindefinanzierung stärkt die kommunale Selbstver-

waltung. Im föderalen Aufbau spielt gerade die kommunale Ebene eine wichtige und nach unserem Verständnis eigenständige Rolle. Dies heißt auch, dass die Kommunen selbst die Verantwortung für Ausgaben und Einnahmen tragen sollen. Deshalb halten wir an einem eigenen Hebesatzrecht der Kommunen fest.

Antrag der CDU/CSU

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, umgehend eine Kommission zur Reform der Gemeindeordnung einzusetzen.

STEUERSENKUNGEN

vorziehen – das hat jetzt wie die CDU auch der Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, gefordert. Steuererhöhungen, auch die direkter Steuern, passen dagegen nicht in die Landschaft. Erhöhung der Tabaksteuer: ein „falsches Signal“.

Traumergebnis für Peter Müller

Mit einem Traum-Ergebnis ist der saarländische Ministerpräsident Peter Müller als Landesvorsitzender seiner Partei bestätigt worden. Er wurde auf dem Landesparteitag am 24. November in Saarbrücken mit 99,8 % der Stimmen gewählt.

Von 424 abgegebenen Stimmen entfielen bei nur einer Gegenstimme 423 auf Peter Müller. Vor zwei Jahren hatte er noch 97,4 % erhalten.

Die Parteibasis feierte den erfolgreichen Landeschef mit minutenlangen stürmischen Ovationen.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Peter Jacoby, Klaus Meiser, Siegrid Morsch und Daniela Schlegel-Friedrich wiedergewählt.

Dem Terrorismus den Nährboden nehmen

In seiner kämpferischen Rede forderte Peter Müller, dem weltweiten Terrorismus Einhalt zu gebieten. Nach dem militärischen Sieg gegen die Taliban sei jetzt dringend eine politische Lösung unter Beteiligung aller



Volksgruppen in Afghanistan erforderlich. Mehr soziale Gerechtigkeit in vielen Teilen der Welt sei notwendig, damit der Nährboden, aus dem der Terrorismus sich speist, endgültig ausgetrocknet werden könne.

Mit Blick auf die innere Sicherheit in Deutschland forderte der Landesvorsitzende schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung von Terroristen. Müller plädierte für eine schnelle Ausweisung von ausländischen Extremisten, auch wenn sie noch nicht straffällig geworden sind. Wer Organisationen angehöre, die „die Grundlagen der Verfassung nicht anerkennen, muss abgeschoben werden“, sagte er.

In diesem Zusammenhang forderte Müller die Bundesregierung erneut zu Nachbesserungen beim Zuwanderungsgesetz auf. Der Regierungsentwurf sei im

Augenblick „nicht zustimmungsfähig“. Deshalb müsse dringend nachgebessert werden. Entschieden wandte sich der Ministerpräsident, der auch Vorsitzender der Zuwanderungskommission der CDU ist, gegen eine „Fundamental-Opposition“ in dieser Frage. Diese sei „staatspolitisch verantwortungslos und parteipolitisch dumm“.

Angela Merkel – Generalabrechnung mit Rot-Grün

Einer der Höhepunkte des Parteitages war die Rede der Parteivorsitzenden Angela Merkel. Sie lobte die innovative Arbeit der CDU Saar und die Leistungen von Peter Müller als Chef der Zuwanderungskommission. Die Bundesvorsitzende nutzte die Gelegenheit zu einer umfassenden Generalabrechnung mit der rot-grünen Bundesregierung. Damit traf sie den Nerv der fast 600 Zuhörer im Saal, die Angela Merkel begeistert feierten.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag „Zu-

Ole von Beust: Das **wollen** wir tun

Der Wechsel in Hamburg vollzieht sich in einer Zeit, in der die Menschen mehr denn je Stabilität und Vertrauen wollen.

■ Die komplizierte internationale Lage und die sich daraus ergebende Änderung der Verantwortung Deutschlands in der Welt,

■ die schwierige wirtschaftliche Entwicklung aufgrund nationaler und internationaler Ursachen und

■ die Befürchtung neuer Terroranschläge macht vielen Menschen Sorgen. Nicht wenige haben Angst. Ich kann das verstehen. Und doch: Wechsel und der Wunsch nach Stabilität sind für mich kein Widerspruch. Stabilität heißt nicht, dass alles immer so bleibt, wie es war, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger trotz ihrer Sorgen sich auf den Staat und die Stadt verlassen können.



Das ist das Ziel der Politik des neuen Senats. Gerade dort, wo die Menschen Sorgen haben, durch einen Politikwechsel verlässlich zu sein, Vertrauen zu schaffen und so für die Anforderungen gerüstet zu sein.

Dabei gibt es für den Senat Grundüberzeugungen, die nicht disponibel sind.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es die Aufgabe des Staates ist, dem Wunsch der Menschen nach Sicherheit und Geborgenheit in Freiheit Rechnung zu tragen.

Sicherheit, äußere und

innere Sicherheit, sind dabei zuvorderst eine hoheitliche Aufgabe. In unserer Verfassung hat der Staat das Monopol, das heißt das prioritäre Recht, also die gesetzlichen und die sich daraus ergebenden tatsächlichen Mittel, für Sicherheit zu sorgen.

Die Kehrseite dieses Rechtes ist aber auch die Pflicht des Staates, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Bei Bedrohungen und Gefahren weg zu gucken, ist falsch verstandene Liberalität. Gerade bei Gewalt führt falsch verstandenes *laissez faire* zu immer größerer Hilflosigkeit der Opfer. Hilflosigkeit führt zu Angst. Wer Angst hat, ist nicht wirklich frei. Richtig verstandene Liberalität heißt: durch einen starken Rechtsstaat Freiheitsrechte sichern. Das werden wir tun.

kunftsmodell Familie“. Darin wird ein Betreuungsnetzwerk Saar als dynamisches, flexibles und bedarfsorientiertes Angebot gefordert, die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen aber abgelehnt. Die

CDU Saar möchte mit dem Betreuungsnetzwerk Saar auf freiwilliger Basis jungen Familien Hilfestellung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben.

In dem Beschluss „Mit-

machen und mitgestalten. Aktive Bürgergesellschaft“ sprachen sich die Delegierten für mehr Verantwortung des Einzelnen, mehr direkte Demokratie und die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene aus. **UD**



SCHRÖDER

Über kurz oder lang wird er scheitern

Dach ohne Haus, das ist die Außenpolitik der rot-grünen Koalition. Und auch das Dach ist weniger neu und glänzend als oft wahrgenommen. Immerhin, es ist vorhanden, und vielen gefällt es. Konkret: die Außenpolitik von Kanzler Schröder und Außenminister Fischer steht auf parteipolitisch äußerst wackeligen Fundamenten. Das nachhaltige Vertrauensvotum der SPD-Bundestagsfraktion kann darüber ebenso wenig hinwegtäuschen wie das scheinbar überwältigende Bekenntnis des Nürnberger SPD-Parteitags zum Kurs des Kanzlers. Aus rein taktischen Gründen des Machterhalts stützt ihn die prinzipiell eher antiamerikanische, mehr als Nato und bundeswehrdistanzierte SPD-Linke. Über kurz oder lang wird Schröder wie Helmut Schmidt an seiner Partei scheitern. Denn je länger

der Krieg gegen den internationalen Terrorismus dauert, desto stärker zerbröckelt das schwache SPD-Fundament. Von den Grünen ganz zu schweigen. Zwei Kriegsbeteiligungen in drei Jahren unter der Regie der „eigenen Leute“ müssen für Pazifisten unerträglich sein. Die Welt

Am Rande der Lächerlichkeit

Die Politik des Sowohl-Als-auch, der Schröder seine Erfolge verdankte, ist an einer Grenze angelangt. Sie funktionierte, solange sie sich in den üblichen Bahnen der Klientelpolitik bewegte, die mal diese, mal jene Interessengruppen befriedigt. Schwieriger wurde es schon, als Schröder sich auf das Einwanderungsthema einließ. Der Kompromiß zwischen der theoretischen Ausweitung von Einwanderungsmöglichkeiten, wie sie den Grünen zugestanden wurde, und einem praktischen Einwanderungsstopp, wie Schily ihn angeblich beabsichtigt, kann nicht

mehrüberzeugen. Den Wendepunkt aber markiert die Entscheidung für den Militäreinsatz zum Kampf gegen den Terrorismus. Wer in dieser Frage versucht, sowohl dafür als auch dagegen zu sein, steht nicht in der Mitte, sondern am Rande der Lächerlichkeit. FAZ

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Problem verdrängt

Deutschland steht am Rand einer Rezession, „glänzt“ beim Wachstum als EU-Schlusslicht und muss neue Spitzen der Arbeitslosigkeit befürchten. Doch die große Volkspartei SPD bringt noch längst nicht die Kraft auf, mit alten Besitzständen und Tabus zu brechen, sich für Reformen des überregulierten Arbeitsmarkts zu öffnen. Auch in anderen wichtigen Bereichen hat die Reformbereitschaft der SPD – sofern überhaupt vorhanden – längst einen taktischen Marschhalt eingelegt.

Tages-Anzeiger, Zürich

Harakiri

Mit „Augenmaß und Realismus“ will die SPD das Land aus der Wirtschaftskrise führen. In die Umgangssprache übersetzt heißt das: den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass der Sturm vorbei geht. Weniger als ein Jahr vor der Bundestagswahl 2002 wären mutige Beschlüsse in der Wirtschaftspolitik wahltaktisches Harakiri. Sagen uns entschuldigend all die scharfsinnigen Beobachter, die sich in bester Absicht als ehrenamtliche SPD-Strategen betätigen.

Süddeutsche Zeitung

Parteitagshyrik

Die SPD ist offensichtlich bereits nach drei Jahren Regierungsverantwortung dort angekommen, wo die Regierung Kohl nach drei Legislaturperioden stand: Sie scheint inhaltlich ausgelagt, rückwärts gewandt und perspektivlos. Dieser Eindruck drängt sich nach den Diskussionen auf dem

SPD-Parteitag in Nürnberg zwangsläufig auf. Der Leitartikel zur Wirtschaftspolitik, der von den Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist, wimmelt nur so von politischen Allgemeinplätzen wie der Forderung nach mehr Innovationen, mehr sozialer Gerechtigkeit oder dem stärkeren Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Klare politische Akzente, die gerade in der gegenwärtig angespannten Situation notwendig wären, lassen sich in dem Leitartikel nicht erkennen: Nürnberger Parteitagshyrik. Handelsblatt

WETTBEWERB

Wirksamer Wächter

EU-Wettbewerbskommissar Monti hat die höchste Geldbuße aller Zeiten für die Teilnehmer von acht Vitamin-Kartellen verhängt. Das ist konsequent, denn aus Sicht des Kartellwächters handelt es sich um den schlimmsten Fall von Absprachen, die seine Behörde jemals ermit-

telt hat. Die Liste der unter Kartellverdacht stehenden Unternehmen liest sich wie ein „Who-is-who“ der Pharma- und Chemiebranche. Und dass die deutsche BASF gleich hinter dem Schweizer Konzern Roche als einer der Hauptverantwortlichen für Preisvereinbarungen und Marktabsprachen genannt wird, wirft ein schlechtes Bild auf den Vorzeige-Konzern und sein Management. Mit der Bußgeldentscheidung untermauert Kommissar Monti die These, dass Wettbewerbspolitik am besten im europäischen Rahmen aufgehoben ist. Nationale Kartellwächter – so gut sie auch sein mögen – wären mit einer solchen Aufgabe überfordert. Das sollten alle jene berücksichtigen, die eine Renationalisierung auch nur von Teilen der europäischen Wettbewerbspolitik fordern. Schließlich bewahrheitet sich die alte Regel, dass Wettbewerbspolitik vor allem auch Verbraucherpolitik ist. Denn seit die Kartelle aufgelöst sind, haben sich die Preise für Vitamin-C-Produkte mehr als halbiert. Die Welt

URKUNDEN, EHRENABZEICHEN

Urkunden

25 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0396**

40 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0644**

50 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: **0071**

DIN A4

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 €



Ehrenabzeichen der CDU

10 Expl.: 17,50 DM/

8,95 €



Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Best.-Nr.: **0097**

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 €

Urkunde

„Für besondere Verdienste“

DIN A4

Best.-Nr.: **0449**

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 €

Ehrenabzeichen Bronze

25jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0233**

Ehrenabzeichen Silber

40jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0235**

Ehrenabzeichen Gold

50jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: **0237**

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH

– IS-Versandzentrum –

Postfach 1162,33759 Vermold

Telefax 05241-8041892

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

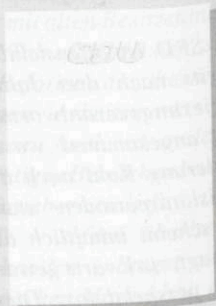
Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Best.-Nr.: **0247**

25 Expl.: 24,00 DM/

12,27 €



Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

Höchste Zeit zum Handeln!



Organisiert gegen Kriminalität

CDU

**Broschüre
„Innere Sicherheit“
Höchste Zeit zum Handeln**

Bestell-Nr. **5772**
Preis je 50 Expl. 27,50 DM
(14,06 €)

Die ausführliche
Fassung der
Broschüre finden
Sie im Internet unter
www.cdu.de



**ZUWANDERUNG STEUERN
UND BEGRENZEN.
INTEGRATION FÖRDERN.**

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001 in Berlin



CDU

**Broschüre „Zuwanderung
steuern und begrenzen.
Integration fördern.“**

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands vom 7. Juni in Berlin

Bestell-Nr. **5762**
Preis je 20 Expl. 28,00 DM
(14,32 €)

**Zusammenfassung
des Beschlusses
„Zuwanderung steuern
und begrenzen.
Integration fördern.“**

Bestell-Nr. **2763**
Preis je 100 Expl. 22,00 DM
(11,25 €)



**ZUWANDERUNG STEUERN
UND BEGRENZEN.
INTEGRATION FÖRDERN.**

Zusammenfassung des Beschlusses des
Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001

CDU

Broschüre: Der Euro kommt
**Informationen und Tipps rund
um die Euro-Einführung**

Bestell-Nr. **5780**
Preis je 50 Expl. 24,00 DM (15,34 €)



Der Euro kommt

CDU



2600-2-60062AKV

156/ 44
G 8457

Union Betrieb
Postfach 1190
53348 Rheinb
PVSt, Deutsch
Entgelt bezah

Rita Tüpper M.A.
" Die Politische Meinung "
Rathausallee 12
Postfach
53732 Sankt Augustin

Die neue Wandzeitung

WIR WÜNSCHEN ALLEN FRIEDLICHE
WEIHNACHTEN UND EIN GUTES NEUES JAHR.



CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.